



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Doehn, Rud.: Zur politischen Situation in den Vereinigten Staaten.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Zur politischen Situation in den Vereinigten Staaten.

Als vor einiger Zeit der Finanzminister Bristow mit ehrlicher Energie die gesetzlichen Verfolgungen des sogenannten Whisky-Ringes, d. h. der weitverzweigten Branntweinsteuer-Betrügereien, einleitete, da erhielt er scheinbar oder wirklich die wärmste und wirksamste Unterstützung des Präsidenten Grant. Von dem Augenblick an aber, wo es sich herausstellte, daß die Verbindungen des Whisky-Ringes bis in die Gemächer des „Weißen Hauses“ reichten, trat in Grant's Denk- und Handlungsweise ein Umschwung ein; er bildete sich ein, man gehe darauf aus, seine, des Präsidenten, politische Stellung zu erschüttern, und diese Anschauung schlug immer tiefere Wurzeln bei ihm, als die Justiz ihre Arme auch gegen Personen ausstreckte, mit denen er seit Jahren in der engsten Beziehung gestanden und zu denen er ein felsenfestes Vertrauen hegte. Seit dieser Zeit hat sich eine bittere Animosität Grant's gegen Bristow entwickelt. Grant ist niemals im Stande gewesen, seine persönlichen Gefühle und Neigungen genügend von den Pflichten zu trennen, die ihm sein Amt auferlegt. Wie eifrig er auch ursprünglich die Whisky-Betrügereien aufzudecken und zu bestrafen gesonnen sein mochte, das Bewußtsein von dem Schaden, den dieselben der Union gebracht, wurde bei ihm schwächer und schwächer, je stärker sich der Glaube in ihm regte, man benutze die Verfolgung des Whisky-Ringes zu Schritten gegen ihn selbst, gegen seinen Privatsekretär, den General Babcock und gegen andere seiner intimsten Freunde. Schließlich erblickte er in dem Prozesse gegen Babcock geradezu eine Verschwörung gegen sich selbst und trug nunmehr kein Bedenken, seine ganze Amtsgewalt zu Gunsten Babcock's in die Waagschale zu werfen.

Die Absetzung des Herrn Henderson, der als Staatsanwalt sich einmal veranlaßt gesehen hatte, auf die zwischen Grant und Babcock bestehende Verbindung hinzuweisen, war das erste sichtbare Zeichen der persönlichen Gerechtigkeit des Präsidenten und wurde in der ganzen Union — nur Grant war unfähig, dies einzusehen — als ein schwerer Schlag gegen die unparteiische Handhabung der Justiz, als ein Versuch, die Whisky-Untersuchung zur Verhütung weiterer Enthüllungen zu hemmen, empfunden. Das öffentliche Mißtrauen legte sich jedoch wieder, als auch der Nachfolger Henderson's, der Staatsanwalt Broadhead, mit Eifer und Hingebung seine Aufgabe zu erfüllen bemüht war. Inzwischen wurde die öffentliche Aufmerksamkeit auf neue Einmischungsversuche von Washington aus durch die Veröffentlichung eines Briefes vom General-Anwalt (Attorney-General), dem Minister Pierrepont, an den Bundesdistrikt-Anwalt Dyer gelenkt; dieser Brief, von dem Herr Pierrepont selbst erklärt hat, daß er nicht veröffentlicht werden sollte,

Konnte selbst nach der günstigsten Auslegung desselben kaum einen andern Zweck haben, als verschiedenen wichtigen Zeugen wider Babcock den Mund zu schließen. Der Brief hat auch thatsächlich diese Wirkung gehabt; Babcock ist freigesprochen, aber der General-Anwalt Pierrepont dürfte sich noch wegen seines eigenthümlichen Schreibens und dessen Folgen vor dem Justiz-Comité des Repräsentantenhauses des Kongresses zu verantworten haben.

Der Finanzminister Bristow hat von Anfang an bei den Whisky-Prozessen den Ausspruch Grant's: „Let no guilty man escape“ (Laßt keinen Schuldigen entweichen) mit Recht buchstäblich genommen und als die weitgehendste Vollmacht zur Reinigung des Bundesbeamtenthums von der Corruption betrachtet. Bristow ist dadurch der Schrecken aller „Ringe“ und Corruptionisten geworden und die Union, der er durch seine redliche Pflichterfüllung so wichtige Dienste geleistet hat, steht in ungetheilter Sympathie zu ihm. Alle ehrlichen Bürger- und Reformfreunde in den Vereinigten Staaten erwarten von ihm, daß er, so lange es irgend angeht, auf seinem schwierigen Posten ausharrt. Sollte es Präsident Grant wagen, ihn zur Resignation zu treiben oder ihn zu entlassen, so würde dies einer der größten Mißgriffe seiner, jetzt nahezu achtjährigen Administration sein. „Bristow,“ sagt die „New-York Tribune“ mit Recht, „darf weder um einer Etikettenfrage willen, noch weil er sich persönlich in seinem Amte unbehaglich fühlt, zurücktreten. Er steht auf der Bresche und es ist seine Pflicht, die Batterie, welche in die Reihen der Whiskydiebe ihre zerstörenden Geschosse richtet, so lange zu vertheidigen, als er noch ein Stück Munition hat.“

Präsident Grant spielt ein gefährliches Spiel und täuscht sich, unserer Ansicht nach, vollständig, wenn er glaubt die Situation noch immer beherrschen zu können. Auch in der republikanischen Partei befinden sich noch viele ehrliche und rechtschaffene Männer, welche der Ansicht sind, daß gründlich mit der Corruption aufgeräumt werden müsse, im Interesse des Landes wie der Partei. Diese Männer wünschen die Erhaltung der jetzt herrschenden (republikanischen) Partei auf Grundlage einer gesunden Reform, wie sie etwa auch Karl Schurz will, um die Union vor dem Schicksal zu bewahren, daß die Leitung der Republik in die Hände der, aus so gemischten und vielfach vertrauensunwürdigen Elementen bestehenden Partei der Demokraten fällt. Wenn die Demokraten gegenwärtig so laut über Corruption im Aemterwesen klagen, so geschieht dies wesentlich aus Brodneid; sie sehnen sich nur selbst nach den Fleischtöpfen des öffentlichen Dienstes. Wo und wann immer sie in der Gewalt waren, — sie haben stets die öffentlichen Aemter als „Beute“ für sich in Anspruch genommen; und in der so wichtigen Geldfrage zählt die Mehrzahl von ihnen zu den „Inflationisten“, d. h. zu den Anhängern eines uneinlösbaren Papiergeldes.

Statt sich aus allen Kräften mit der Abfassung organischer Gesetze, die dem Gemeinwohle nützen, zu beschäftigen, wird der Kongreß, namentlich das Repräsentantenhaus, nicht müde, widerwärtige Parteizänkereien in Scene zu setzen. Wie Mitte Januar d. J. bei der Amnestie-Debatte die Demokraten Randall, Cox und Hill mit dem Republikaner Blaine, der übrigens zu den hervorragendsten Präsidentschaftscandidaten gehört, an einander gerietthen und Cox Herrn Blaine sogar mit dem Titel „Hyäne“ beehrte, so trafen in der Sitzung des Repräsentantenhauses vom 29. Februar d. J. der Republikaner George F. Hoar von Massachusetts und der eben erwähnte Benjamin Hill von Georgia in der heftigsten Weise auf einander. Herr Hill, früherer Rebellengeneral, warf der republikanischen Partei Unbeständigkeit vor und behauptete, die Secessionsideen seien nicht im Süden der Union, sondern in Neu-England entstanden, worauf Herr Hoar bitter entgegnete, daß Leute, die in einem andern Lande wahrscheinlich „an den Galgen gehängt (gibbeted) worden wären“, nun, da sie wieder zu einem Sitze im Kongresse zugelassen seien, sich doch bescheidener betragen sollten u. s. w.

Am 13. März d. J. stellten die Republikaner im Repräsentantenhause des Kongresses den Antrag, zu erklären, daß das Volk der Vereinigten Staaten eine Nation und keinen bloßen Staatenbund bilde; daß die nationale Regierung nicht anders abzuschaffen sei, als durch einen gesetzmäßigen Beschluß des ganzen Volkes; daß es keinem Einzelstaate zustehe, über die Verfassungsmäßigkeit von Kongreßgesetzen zu urtheilen oder solche gar für nichtig zu erklären; endlich, daß Abfall von der Union oder Aufstand gegen dieselbe als Bundesverrath zu bestrafen sei. Diese Resolution fiel trotz der einfachen Mehrheit von 94 gegen 72 Stimmen durch, da die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit nicht erreicht war; die Demokraten aus dem Norden der Union hatten sich der Abstimmung enthalten. Nun brachten die Demokraten folgenden Antrag ein: Die Regierung der Vereinigten Staaten bildet einen Staatenbund (a federal Union) mit verfassungsmäßig festgestellten Machtbefugnissen; die Regierungen der einzelnen Staaten sind innerhalb ihrer Grenzen schlechterdings nothwendig zur Erhaltung der Freiheit; die Lehre vom erlaubten Abfall von der Union streitet gegen die Vorstellung der dauernden Vereinigung aller Unionsstaaten und ist durch den Secessionskrieg als für immer abgethan zu betrachten. Gegen diesen, die Union in der Theorie aufrecht erhaltenden Antrag erhob sich Herr Blaine; derselbe wurde jedoch mit 150 gegen 42 Stimmen angenommen. Von einem großen praktischen Werthe ist dieser Antrag eigentlich nicht; er ist auch im Grunde wohl nur mit Hinblick auf die kommende Präsidentschaftswahl gestellt worden.

Kürzlich brachten verschiedene amerikanische Blätter die Nachricht, daß die Handelskammer zu New-York sich für den Papiergeldschwindel erklärt habe.

Dies ist aber nicht der Fall. Die „New-Yorker Staatszeitung“ berichtet darüber u. A. Folgendes: „Neuliche Beschlüsse des „Board of Trade“ in New-York, welche die Aufnahme der Baarzahlung als ein Unding verspotteten und dem Kelley'schen Plane gegenseitig austauschbarer Bonds und Greenbacks das Wort redeten, haben auswärts Aufsehen erregt, da der „Board of Trade“ vielfach mit der „Chamber of Commerce“ (der wirklichen Handelskammer) verwechselt wurde. Die letztere ist seit mehr als hundert Jahren der Repräsentativkörper der new-yorker Handels- und Finanzwelt und ihre Kundgebungen gelten mit Recht für den Meinungs Ausdruck der letzteren.“ Der „Board of Trade“ wurde im vorigen Jahre (1875) von dem Chef einer new-yorker, mit der Börsenspekulation identifizierten Firma ins Leben gerufen, als dieser Chef bei einem Beschlusse der „Chamber of Commerce“ über die Finanzfrage mit der Mehrheit der letztgenannten Handelskammer in Conflict kam. Der „Board of Trade“ entstand mithin als ein Oppositionskörper, angeblich um dem Philistertum, an dem die „Chamber of Commerce“ krankte, durch ein regeres Institut im Interesse des Aufschwungs von New-York abzuhelpfen. Aber es bedurfte kaum der Aufsehen erregenden Beschlüsse des „Board of Trade“ über die Finanzfrage, um zu beweisen, daß die Gründer desselben hauptsächlich dem Spekulantenthum dienen, das in der Rückkehr zur Baarzahlung seinen ärgsten Widersacher erblickt.“ Die „Chamber of Commerce“ hat nun auch durch jüngst gefasste Beschlüsse dem legitimen Geschäft von New-York einen Meinungs Ausdruck verschafft, der wohl weiteren schädlichen Verwechslungen in Betreff der beiden Institute vorbeugt. Die wirkliche Handelskammer von New-York ist demnach entschieden gegen die Inflationisten und für die Hartgeld-Basis.

Kud. Doehn.

Noch einmal das Landarmenwesen in Sachsen.

Im laufenden Jahrgange d. Bl. (Seite 196) befindet sich ein von Dr. Theodor Landgraff in Heidelberg verfaßter Artikel, welcher eine — für Sachsen wenigstens — sehr zeitgemäße und wichtige Frage, nämlich die künftige Gestaltung des Landarmenwesens berührt. Die zweite Kammer des sächsischen Landtags hat nun zwar in ihrer Sitzung vom 15. März d. J. in ihrer Majorität die Regierungsvorlage abgelehnt und damit entschieden, daß vorläufig Alles beim Alten bleiben solle. Allein einmal steht der Beschluß der ersten Kammer noch aus und auch wenn diese sich der zweiten anschließen